

**Nebentätigkeitsrecht  
der Hamburgischen Beamtinnen und Beamten  
Allgemeine Verwaltungsvorschrift  
zu §§ 40, 41 Beamtenstatusgesetz (BeamStG),  
§§ 70 bis 79 Hamburgisches Beamtengesetz (HmbBG)  
sowie den Verordnungen nach § 78 HmbBG**

## Inhaltsübersicht

<b>I.</b>	<b>Rechtsgrundlagen</b>	
1.	<b>Beamtinnen und Beamte</b>	3
1.1	<b>Aktive Beamtinnen und Beamten</b>	3
1.2	<b>Ruhestandsbeamtinnen und –beamte, frühere Beamte</b>	3
1.3	<b>Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte</b>	3
2.	<b>Andere Beschäftigte</b>	3
<b>II.</b>	<b>Anzeigepflichtige und anzeigefreie Nebentätigkeiten, öffentliche Ehrenämter</b>	
3.	<b>Anzeigepflicht und Ausnahmen</b>	4
3.1	<b>Grundsatz</b>	4
3.2	<b>Ausnahmen</b>	4
3.2.1	<b>Gesetzliche Fiktion</b>	4
3.2.2	<b>Anzeigefreie Nebentätigkeiten</b>	5
3.2.3	<b>Besonderheit: Anzeigepflicht auch bei unentgeltlicher Wahrnehmung</b>	5
3.2.4	<b>Auskunft über anzeigefreie Nebentätigkeiten</b>	6
4.	<b>Öffentliche Ehrenämter</b>	6
4.1	<b>Beispiele</b>	6
4.2	<b>Anzeige</b>	7
4.3	<b>Rechtliche Behandlung</b>	7
<b>III.</b>	<b>Anzeige- und Prüfungsverfahren</b>	
5.	<b>Anzeigeverfahren</b>	7
6.	<b>Prüfung der Besorgnis der Beeinträchtigung dienstlicher Interessen</b>	8
6.1	<b>Übermäßige Inanspruchnahme der Arbeitskraft</b>	9
6.2	<b>Widerstreit mit den dienstlichen Pflichten</b>	10
6.3	<b>Angelegenheiten der Behörde</b>	10
6.4	<b>Unparteilichkeit oder Unbefangenheit</b>	10
6.5	<b>künftige dienstliche Verwendbarkeit</b>	10
6.6	<b>Ansehen der öffentlichen Verwaltung</b>	11
7.	<b>Ergebnis der Prüfung, Rechtsfolgen</b>	11
7.1	<b>Keine Besorgnis</b>	11
7.2	<b>Besorgnis besteht</b>	11
7.3	<b>Besonders geschützte Nebentätigkeiten</b>	11
7.4	<b>Bedenken der Dienststelle nach Übernahme der Nebentätigkeit</b>	12
<b>IV.</b>	<b>Regelungen zur Ausübung der Nebentätigkeit</b>	
8.	<b>Ausübung der Nebentätigkeit</b>	13
8.1	<b>Inanspruchnahme der Arbeitszeit</b>	13

8.2	<b>Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn.....</b>	13
9.	<b>Hamburgische Nebentätigkeitsverordnung.....</b>	13
9.1	<b>§ 2 – öffentliche Ehrenämter.....</b>	13
9.2	<b>§ 3 – Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst.....</b>	14
9.3	<b>§ 4 – Zulässigkeit von Nebentätigkeiten im Landesdienst.....</b>	14
9.4	<b>§ 5 – Vergütung, Unentgeltlichkeit.....</b>	15
9.5	<b>§ 8 – Vergütungen für Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst und Ablieferungspflicht.....</b>	15
9.6	<b>§ 9 – Ausnahmen von § 8.....</b>	15
9.7	<b>§10 – Nebentätigkeiten als Vertreterin bzw. Vertreter der FHH in Unternehmensorganen.....</b>	16
10.	<b>Erfassung der Nebentätigkeiten im Personalabrechnungssystem.....</b>	16
V.	<b>Schlussbestimmungen</b>	
11.	<b>Schlussbestimmungen.....</b>	17

Anlagen1 und 2: Musterbescheide

Anlage 3: Abschnitt VI der Durchführungshinweise zum Nebentätigkeitsrecht vom 01.04.1989

## I. Rechtsgrundlagen

### 1. Beamtinnen und Beamte

1.1 Das Nebentätigkeitsrecht der (aktiven) **Beamtinnen und Beamten** ist geregelt durch

Beamtinnen,  
Beamte

- § 40 des Beamtenstatusgesetzes (BeamStG),
- §§ 70 bis 78 des Hamburgischen Beamtengesetzes (HmbBG),
- die Hamburgische Nebentätigkeitsverordnung (HmbNVO) vom 6. Dezember 2011 (HmbGVBl. Seite 513),
- § 119 HmbBG und die Hamburgische Hochschul-Nebentätigkeitsverordnung – (HmbHNVO) vom 6. Dezember 2011 (HmbGVBl. Seite 516) - für das beamtete wissenschaftliche und künstlerische Personal an staatlichen Hochschulen,
- die Inanspruchnahme- und Entgelt-Verordnung (IEVO) vom 6. Dezember 2011 (HmbGVBl. Seite 517) und
- § 71 HmbBesG (Anrechnungsvorschrift, gilt für Anwärtinnen und Anwärter)

1.2 Für **Ruhestandsbeamtinnen und -beamte** sowie frühere Beamte

- bestehen Verpflichtungen aus Nebentätigkeiten fort, die vor Beendigung des Beamtenverhältnisses ausgeübt worden sind. Das gilt z.B. für die Pflicht zur Ablieferung von Vergütungen für Nebentätigkeiten im öffentlichen oder vergleichbaren Dienst nach § 8 Abs. 3 und 4 HmbNVO und für die Entrichtung eines Entgelts nach IEVO,
- richten sich die Pflichten für Tätigkeiten, die nach Beendigung des Beamtenverhältnisses ausgeübt werden sollen, nach § 41 BeamSt / § 79 HmbBG. Nach Beendigung des Beamtenverhältnisses ausgeübte Tätigkeiten sind – auch bei weiterer Ausübung im Rahmen des § 77 HmbBG – keine Nebentätigkeiten. Sie sind jedoch unter den Voraussetzungen des § 79 Abs. 1 HmbBG der bzw. dem letzten Dienstvorgesetzten anzuzeigen.

1.3 Auf **Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte** sind die Vorschriften des § 40 BeamStG und der §§ 72 bis 75 HmbBG über die anzeigepflichtigen Nebentätigkeiten nicht anzuwenden (§ 6 Abs. 3 HmbBG)

### 2. Andere Beschäftigte

Die Nebentätigkeitsvorschriften für die Beamtinnen und Beamten sind **entsprechend** anzuwenden auf

andere  
Beschäftigte

- Richterinnen und Richter (§ 8 des Hamburgischen Richtergesetzes – HmbRiG)

- Referendarinnen und Referendare nach Teil 3 des Hamburgischen Juristenausbildungsgesetzes (§ 37 Abs. 1 HmbJAG).

Eine **bewusste Abkehr vom beamtenrechtlichen Nebentätigkeitsrecht** durch die Vereinbarung eigenständiger tariflicher Regelungen ist für

gilt nicht für Tarifbeschäftigte

- Beschäftigte nach dem Tarifvertrag über den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) - vgl. § 3 Abs. 4 TV-L –,
- Auszubildende nach den Tarifverträgen für Auszubildende der Länder in Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (TVA-L BBiG) – vgl. § 5 Abs. 2 TVA-L BBiG – und in Pflegeberufen (TVA-L-Pflege) – vgl. § 5 Abs. 2 TVA-L-Pflege – und
- Praktikantinnen und Praktikanten nach dem Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt-L) – vgl. § 5 Abs. 2 TV Prakt-L –

erfolgt (vgl. dazu die Durchführungshinweise zum TV-L).

Auf Ärztinnen und Ärzte, die unter den Geltungsbereich der §§ 41 und 42 TV-L sowie den Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken (TV-Ärzte) fallen, finden hingegen die **beamtenrechtlichen Nebentätigkeitsbestimmungen sinngemäß** Anwendung - vgl. §§ 41, 42 jeweils Nr. 2/§ 3 Abs. 12 TV-L -.

## II. Anzeigepflichtige und anzeigefreie Nebentätigkeiten, öffentliche Ehrenämter

### 3. Anzeigepflicht und Ausnahmen

#### 3.1 Grundsatz (§ 40 BeamStG)

Beamtinnen und Beamte haben grundsätzlich jedes Nebenamt und jede Nebenbeschäftigung (Definitionen vgl. § 70 Abs. 2 und 3 HmbBG) rechtzeitig vor ihrer Übernahme der bzw. dem Dienstvorgesetzten anzuzeigen.

grundsätzliche Anzeigepflicht

Keine Nebentätigkeit liegt vor bei unentgeltlichen Tätigkeiten im Rahmen der privaten Freizeitgestaltung (z.B. Erzeugung und Beschaffung von Nahrungsmitteln zum Eigenverbrauch, An- und Verkauf von selbst verwendeten Gegenständen über das Internet oder auf Flohmärkten, sportliche Betätigung, Hobbypflege, unentgeltliche Nachbarschaftshilfe). Die Grenze zur Nebentätigkeit wird überschritten bei Tätigkeiten, die auch Gegenstand einer beruflichen Tätigkeit sein könnten oder bei denen besondere Pflichten und Verantwortung übernommen werden (z.B. Übungsleitung im Sport, Reiseleitung).

Abgrenzung zur privaten Freizeitgestaltung

#### 3.2 Ausnahmen

##### 3.2.1 gesetzliche Fiktion (§ 70 Abs. 4 HmbBG)

§ 70 Abs. 4 HmbBG bestimmt diejenigen Tätigkeiten, die nicht als Nebenamtigkeiten gelten und daher grundsätzlich nicht unter die nebenamt-

keine Nebentätigkeit



keitsrechtlichen Vorschriften fallen. Für die darunter fallende Übernahme öffentlicher Ehrenämter siehe **Nr. 4**.

### 3.2.2 anzeigefreie Nebentätigkeit (§ 72 Abs. 1 HmbBG)

Die nachfolgend genannten Tätigkeiten müssen **nicht** angezeigt werden:

anzeigefreie  
Nebentätigkeiten

#### *1. Nebentätigkeiten nach § 71 HmbBG (§ 72 Abs. 1 Nr. 1 HmbBG)*

Nebentätigkeiten, die die Beamtin bzw. der Beamte auf Verlangen der bzw. des Dienstvorgesetzten wahrnimmt, sind dieser bzw. diesem bekannt. Eine Anzeige ist daher nicht erforderlich.

#### *2. Verwaltung eigenen oder der Nutznießung unterliegenden Vermögens (§ 72 Abs. 1 Nr. 2 HmbBG)*

Dazu zählen u.a. auch Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Betrieb einer eigenen Photovoltaikanlage – auch wenn die Einnahmen aus der Stromerzeugung umsatzsteuerpflichtig sind.

#### *3. Tätigkeit zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften und Berufsverbänden oder in Organen von Selbsthilfeeinrichtungen der Beamtinnen und Beamten (§ 72 Abs. 1 Nr. 3 HmbBG)*

Nebentätigkeiten zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften und Berufsverbänden unterliegen dem Grundrechtsschutz nach Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG). Sie dürfen daher nicht ausgeübt und nicht behindert bzw. berührt werden. Die Tätigkeiten sind außerhalb des Dienstes auszuüben.

Die zweite Alternative der Regelung erfasst lediglich Nebentätigkeiten in Organen von Selbsthilfeeinrichtungen (z.B. Vorstand, Aufsichtsrat). Nicht unter die Anzeigefreiheit fallen dagegen alle sonstigen Nebentätigkeiten für die Selbsthilfeeinrichtung, z.B. auch als Vertrauensfrau / Vertrauensmann, insbesondere aber diejenigen, die sich von der Tätigkeit für andere Einrichtungen nicht wesentlich unterscheiden und damit nicht speziell der Wahrung von Berufsinteressen dienen (z.B. als Werberin / Werber oder als Vermittlerin / Vermittler von Versicherungen für die Selbsthilfeeinrichtung).

#### *4. unentgeltliche Nebentätigkeiten (§ 72 Abs. 1 Nr. 4 HmbBG)*

Wegen der Abgrenzung zur privaten Freizeitgestaltung siehe **Nr. 3.1**. Ob Unentgeltlichkeit vorliegt, ist nach § 5 HmbNVO zu beurteilen.

### 3.2.3 Besonderheit: Anzeigepflicht auch bei unentgeltlicher Wahrnehmung

Die in § 72 Abs. 1 Nr. 4 Buchstaben a) bis d) HmbBG bezeichneten Nebentätigkeiten sind auch bei unentgeltlicher Wahrnehmung anzeigepflichtig (Ausnahme von der Ausnahme). Zu diesen Nebentätigkeiten werden folgende Hinweise gegeben:

Anzeigepflicht bei  
unentgeltlichen  
Nebentätigkeiten

#### *Zu a) Nebenamt*

Der Begriff des Nebenamtes ist in § 70 Abs. 2 HmbBG definiert. Bei Berufung in ein Ehrenbeamtenverhältnis (z.B. als Bürgermeister einer Gemeinde) üben Beamtinnen und Beamte ein Nebenamt aus. Das Ehrenbeamtenverhältnis zählt nicht zu den öffentlichen Ehrenämtern (siehe dazu **Nr. 4**).

Nebenamt

*Zu c) gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit sowie jeweilige Mitarbeit*  
Unter gewerblicher Tätigkeit ist jede selbstständige und nachhaltige - über die Vermögensverwaltung nach § 72 Abs. 1 Nr. 2 HmbBG hinausgehende - Tätigkeit, die üblicherweise auf Gewinn gerichtet ist, zu verstehen, auch wenn die Beamtin bzw. der Beamte sie unentgeltlich (§ 5 HmbNVO) ausübt.

gewerbliche  
Tätigkeit

Einen freien Beruf üben z.B. Ärzte, Apotheker, Architekten, Rechtsanwälte und Steuerberater aus. Eine anzeigepflichtige Ausübung eines freien Berufs liegt nur dann vor, wenn die Tätigkeit geschäftsmäßig im Sinne von „regelmäßig“ und „auf Dauer gerichtet“ ausgeübt wird. Die gelegentliche unentgeltliche Erstellung z.B. von Bauplänen ist daher nicht anzeigepflichtig.

freiberufliche  
Tätigkeit

*Zu d) Tätigkeiten in Unternehmensorganen*

Unternehmen sind i.d.R. dadurch gekennzeichnet, dass sie wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Einrichtungen mit ausschließlich gemeinnützigen oder ideellen Zwecken werden daher regelmäßig nicht als Unternehmen im Sinne dieser Norm anzusehen sein.

Organtätigkeit

### 3.2.4 Auskunft über anzeigefreie Nebentätigkeiten (§ 72 Abs. 2 HmbBG)

Von dem Auskunftsverlangen darf nur bei begründetem Anlass Gebrauch gemacht werden, insbesondere dann, wenn konkrete Anhaltspunkte für eine Pflichtverletzung der Beamtin oder des Beamten vorliegen. Ferner sind die verfassungsmäßigen Grenzen, die einer unbeschränkten Auskunft entgegenstehen, zu beachten (z.B. das Recht aus Artikel 9 GG im Falle der Tätigkeit nach § 72 Abs. 1 Nr. 3 HmbBG).

Auskunftsverlangen  
bei anzeigefreier  
Tätigkeit

## 4 Öffentliche Ehrenämter

Auch wenn die Wahrnehmung öffentlicher Ehrenämter nicht als Nebentätigkeit gilt (vgl. Nr. 3.2.1), ist gleichwohl für ihre Übernahme eine Anzeigepflicht geregelt, damit die Dienststelle darüber informiert ist, in welchem Umfang sie ggf. Abstriche von der Einsetzbarkeit der Beamtin bzw. des Beamten hinnehmen muss.

Anzeigepflicht bei  
öffentlichen Ehren-  
ämtern

Der Begriff des öffentlichen Ehrenamtes ist in § 2 HmbNVO definiert.

### 4.1 Beispiele

Nach den Rechtsvorschriften des öffentlichen Rechts üben z.B. Bezirksabgeordnete, Deputierte, ehrenamtliche Richterinnen und Richter, ehrenamtliche Mitglieder eines Selbstverwaltungsorgans in der Sozialversicherung und ehrenamtliche Mitglieder von Stadt- oder Gemeinderäten und Kreistagen öffentliche Ehrenämter aus. Die mit Aufwandsentschädigung verbundene ehrenamtliche Tätigkeit in der Öffentlichen Rechtsauskunft und Vergleichsstelle (ÖRA) ist neben tätigkeitsrechtlich als Ausübung eines öffentlichen Ehrenamtes zu behandeln.

Nicht zum öffentlichen Ehrenamt gehören nach § 2 Abs. 1 Satz 2 HmbNVO nur mittelbar mit ihm zusammenhängende Tätigkeiten wie z.B. die Tätigkeit eines ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieds in einem Organ eines wirtschaftlichen Unternehmens; diese Tätigkeit wird auch nicht dadurch Bestandteil des öffentlichen Ehrenamtes, dass sie wegen des Ehrenamtes übertragen worden ist.

Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte nehmen kein öffentliches Ehrenamt im nebensätigkeitsrechtlichen Sinne wahr (§ 2 Abs. 2 HmbNVO, vgl. Nr. 3.2.3 Buchst. a).

#### 4.2 Anzeige

Die vor Beginn der Tätigkeit in dem öffentlichen Ehrenamt nach § 70 Abs. 4 Satz 2 HmbBG zu erstattende Anzeige ist bei der Personalstelle einzureichen. Sie muss neben dem Namen der Beamtin bzw. des Beamten die Art des Ehrenamtes enthalten. Soweit erforderlich muss die Beamtin bzw. der Beamte darlegen, dass die Begriffsmerkmale des öffentlichen Ehrenamtes (§ 3 Abs. 1 HmbNVO) erfüllt sind. Weitergehende Angaben, die z.B. Rückschlüsse auf eine Partei- oder Fraktionszugehörigkeit zulassen, dürfen nicht verlangt werden. Die Anzeige wird Bestandteil der Personalakte.

#### 4.3 Rechtliche Behandlung

Die Wahrnehmung eines öffentlichen Ehrenamtes unterliegt nicht den Vorschriften des Nebensätigkeitsrechts (z.B. hinsichtlich der Fristen oder hinsichtlich der Gewährung und Ablieferung von Vergütungen nach § 8 HmbNVO). Ob und inwieweit Dienstbefreiung<sup>1</sup> oder Sonderurlaub zu gewähren ist, richtet sich nach den dafür maßgebenden Vorschriften (z.B. Art. 73 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg (HV), § 14 des Feuerwehrgesetzes, Nr. 3 der Richtlinien über die Bewilligung von Sonderurlaub für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter).

keine Anwendung  
des Neben-  
tätigkeitsrechts

### III. Anzeige- und Prüfungsverfahren

#### 5. Anzeigeverfahren (§ 75 HmbBG, § 6 HmbNVO)

Beamtinnen und Beamte haben die beabsichtigte Übernahme einer Nebensätigkeit grundsätzlich spätestens einen Monat vorher auf dem Dienstwege schriftlich anzuzeigen. Die Monatsfrist soll der Personalstelle die Prüfung, ob die Beeinträchtigung dienstlicher Interessen zu besorgen ist, und ggf. die Durchführung eines Verbotsverfahrens ermöglichen. Die Frist beginnt erst zu laufen, wenn alle für die Prüfung erforderlichen Angaben und Unterlagen bei der Personalstelle vorliegen.

Monatsfrist

Erforderlich im Sinne des § 75 Satz 3 HmbBG sind alle Nachweise, die die bzw. der Dienstvorgesetzte im konkreten Einzelfall benötigt, um zu entscheiden, ob die Beeinträchtigung dienstlicher Interessen zu besorgen und die Nebensätigkeit daher einzuschränken oder zu untersagen ist (§ 73 Abs. 1 HmbBG, vgl. Nr. 6), sie ausnahmsweise während der Arbeitszeit ausgeübt werden darf (§ 74 Abs. 1 HmbBG, vgl. Nr. 8.1), eine Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn zulässig ist (§ 74 Abs. 2 HmbBG, vgl. Nr. 8.2 sowie IEVO) und / oder ob bei Nebensätigkeiten im Landesdienst eine jährliche Abrechnung über die Vergütungen vorzulegen ist (§ 11 HmbNVO). Fehlende Angaben und Nachweise, die für die Prüfung erforderlich sind, sind von der Beamtin bzw. dem Beamten un-

erforderliche  
Nachweise

<sup>1</sup> vgl. dazu auch § 10 der Vereinbarung zur Neuregelung der Gleitzeit vom 23.03.2010

ter Hinweis auf die Fristverschiebung anzufordern. Zu den Möglichkeiten der Unterschreitung der Monatsfrist siehe § 6 Abs. 1 HmbNVO.

Für die Anzeige ist der Vordruck P 10.160 zu verwenden, der die nach § 6 Abs. 2 HmbNVO stets erforderlichen Angaben insbesondere zu Art und Umfang der Nebentätigkeit bereits abfragt.

Anzeigevordruck

Angaben und Nachweise über die Höhe der Vergütung und geldwerten Vorteile aus der Nebentätigkeit sind für die Entscheidung der bzw. des Dienstvorgesetzten i.d.R. nur erforderlich, soweit es sich um Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst handelt (wegen der Ablieferungspflichten nach § 8 HmbNVO) und / oder soweit dafür Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn in Anspruch genommen werden sollen (für die Bemessung des zu entrichtenden Entgelts nach § 6 IEVO). Im Einzelfall kann die Höhe der Vergütung / geldwerten Vorteile auch im Rahmen der Prüfung der Besorgnis der Beeinträchtigung dienstlicher Interessen (vgl. Nr. 6) eine Rolle spielen. Die Angaben sind dann – soweit sie nicht von vornherein freiwillig im Rahmen der Anzeige gemacht wurden – unter Hinweis auf die Erforderlichkeit nachträglich anzufordern. Da es sich bei den Angaben im Nebentätigkeitsantrag regelmäßig um Angaben über in der Zukunft zu erzielende Entgelte handelt, deren genaue Darlegung im Normalfall noch gar nicht möglich sein wird, kommt auch die Mitteilung einer zu erwartenden Entgeltspanne in Betracht. Änderungen bei der Höhe des Entgelts und der geldwerten Vorteile sind nicht in jedem Fall, sondern nur dann anzuzeigen, wenn sie von der ursprünglichen Angabe nicht nur unwesentlich abweichen (vgl. BÜDrs. 16/4629 vom 01.08.2000, Seite 4, zur entsprechenden Regelung in § 69 Abs. 5 Satz 2 HmbBG a.F.).

Vergütungsnachweise

Änderungen einschließlich der ggf. vorzeitigen Beendigung einer übernommenen Nebentätigkeit sind unverzüglich und ebenfalls schriftlich anzuzeigen.

Änderung bzw. Beendigung der Nebentätigkeit

Die Nebentätigkeitsanzeige wird Bestandteil der Personalakte.

Wird die Nebentätigkeit nach Ablauf von fünf Jahren weiterhin unverändert ausgeübt, ist dies erneut unter Verwendung des Vordrucks P 10.160 anzuzeigen (§ 6 Abs. 4 HmbNVO).

Wiederholungsanzeige nach fünf Jahren

## 6. Prüfung der Besorgnis der Beeinträchtigung dienstlicher Interessen (§ 73 HmbBG)

Die Besorgnis der Beeinträchtigung dienstlicher Interessen ist nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nur berechtigt, „*wenn bei verständiger Würdigung der gegenwärtig erkennbaren Umstände unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäß zu erwartenden Entwicklung eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen wahrscheinlich ist, wenn ein vernünftiger Grund für die Annahme besteht, dass eine solche Beeinträchtigung voraussichtlich eintreten wird. Eine in hohem Maße bestehende Wahrscheinlichkeit ist zwar nicht erforderlich; die bloße, nicht auszuschließende Möglichkeit – eine fernliegende Gefahr – einer Beeinträchtigung reicht aber nicht aus*“ (BVerwG Urteil vom 30.06.1976 - 6 C 46.74 – und vom 26.06.1980 - 2 C 37.78). Bei der Beurteilung, ob die Besorgnis besteht, darf nicht allein auf abstrakte und generelle Gesichtspunkte abgestellt werden. Vielmehr sind die konkreten Umstände des Einzelfalles zu würdigen. Dies erfordert bei der Personalstelle eine konkrete Auseinandersetzung mit der dienstlichen Tätigkeit und der angezeigten Nebentätigkeit der Beamtin bzw. des Beamten auf der Basis einer Stellungnahme der bzw. des Vorgesetzten. **Die Entgegennahme der Anzeige ohne weitere Prüfung ist nicht ausreichend.** Die Prüfung durch die Per-

Besorgnis der Beeinträchtigung dienstlicher Interessen

Prüfungsmaßstab



sonalstelle ist mindestens durch einen kurzen Vermerk auf dem Anzeigevordruck zu dokumentieren.

§ 73 Abs. 1 führt beispielhaft und damit nicht abschließend die wichtigsten Gründe für die Besorgnis der Beeinträchtigung dienstlicher Interessen auf. Sie gehen über die mit der Erfüllung der unmittelbaren Dienstaufgabe zusammenhängenden Interessen hinaus:

Besorgnisgründe

### 6.1 Übermäßige Inanspruchnahme der Arbeitskraft (§ 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und Satz 3 HmbBG)

Eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen ist regelmäßig anzunehmen, wenn die zeitliche Beanspruchung durch eine oder mehrere – sowohl anzeigepflichtige als auch anzeigefreie – Nebentätigkeiten durchschnittlich acht Stunden wöchentlich überschreitet (Regelvermutung). Abzustellen ist auf die gesamte zeitliche Beanspruchung einschließlich Vor- und Nachbereitung. Die Beamtin bzw. der Beamte ist daher verpflichtet, im Anzeigeverfahren die Summe des Zeitaufwandes auch für anzeigefreie Nebentätigkeiten zu nennen; weitergehende Angaben zu diesen sind ihm nicht abzuverlangen.

Überforderung,  
Acht-Stunden-  
Regelvermutung

Die Acht-Stunden-Regel bezeichnet eine kritische Grenze, die die Dienstvorsetzte bzw. den Dienstvorgesetzten zu einer sorgfältigen Prüfung des Einzelfalles vor allem dann verpflichtet, wenn die Ausübung anzeigepflichtiger Nebentätigkeiten – ggf. unter Berücksichtigung anzeigefreier Nebentätigkeiten – mit einem höheren Zeitaufwand beabsichtigt ist. Die erforderliche Prüfung der konkreten Umstände – insbesondere die Art und Dauer der Nebentätigkeit und mit ihr verbundene Belastungen, die Bewertung der Belastungen im Hinblick auf die dienstliche Leistungsfähigkeit, die Belastbarkeit der Beamtin bzw. des Beamten (z.B. unter Berücksichtigung von Krankheitszeiten) – kann ausnahmsweise auch ergeben, dass bereits Nebentätigkeiten mit einer zeitlichen Inanspruchnahme von durchschnittlich weniger als acht Stunden wöchentlich die Besorgnis der Beeinträchtigung dienstlicher Interessen begründen.

kritische Grenze

Bei kurzfristig mit einer stärkeren zeitlichen Beanspruchung verbundenen Nebentätigkeiten – etwa bei Prüfungen oder Fortbildungsveranstaltungen – kann die durchschnittliche Belastung über einen längeren Zeitraum berücksichtigt werden; im Falle einer Konzentration von Nebentätigkeiten auf die Wochenenden bleibt allerdings zu prüfen, ob der Erholungszweck der Freizeit noch erfüllt wird. Auch bei anderer Fallgestaltung ist es möglich, dass Nebentätigkeiten bei Überschreiten der Acht-Stunden-Regelgrenze nach den besonderen Umständen noch nicht eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen auslösen. Insbesondere bei einer Betätigung im Interesse der Allgemeinheit, wie z.B. als sog. ehrenamtlicher Übungsleiter und Funktionsträger in einem Sportverein, können hiernach Abweichungen zugelassen werden. Die Abweichungsmöglichkeit besteht auch und verstärkt für die nach § 72 Abs. 1 HmbBG nicht anzeigepflichtigen Nebentätigkeiten, zu denen insbesondere Tätigkeiten zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften gehören. Bei der Entscheidung über Abweichungen von der Regelgrenze wird daher auch zu berücksichtigen sein, welcher Zeitaufwand auf nicht anzeigepflichtige Nebentätigkeiten entfällt.

Überschreiten der  
Acht-Stunden-  
Grenze

Bei Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen und Beamten nach § 62 HmbBG sowie bei Beurlaubungen nach § 64 HmbBG sind die grundsätzliche Beschränkung der Ausübung von Nebentätigkeiten auf den für Vollzeitbeschäftigte geltenden Umfang und die Ausnahmemöglichkeiten dazu (§ 62 Abs. 2, § 64 Abs. 2 HmbBG) zu beachten.

Grenze bei Teilzeit-  
beschäftigung und  
Beurlaubung



Bei Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung aus familiären Gründen nach § 63 HmbBG dürfen nur solche Nebentätigkeiten ausgeübt werden, die dem Zweck der Freistellung nicht zuwiderlaufen. Richtschnur für den danach zulässigen zeitlichen Umfang der gesamten Tätigkeit (Hauptamt zuzüglich aller Nebentätigkeiten) ist in Fällen der Betreuung minderjähriger Kinder der während einer Elternzeit zulässige und elterngeldunschädliche Umfang von 30 Stunden beruflicher Tätigkeit. Die den zu Grunde liegenden Regelungen immanente Vermutung, dass eine Berufstätigkeit von bis zu 30 Stunden wöchentlich der Betreuung von Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr nicht entgegensteht, muss auch für die Beurlaubung zur Betreuung von (älteren) Kindern nach § 63 HmbBG gelten.

## 6.2 Widerstreit mit den dienstlichen Pflichten (§ 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 HmbBG)

Eine Nebentätigkeit kann Beamtinnen und Beamte z.B. dann in Widerstreit mit ihren dienstlichen Pflichten, insbesondere mit ihrer Verpflichtung zur beamtenrechtlichen Loyalität bringen, wenn sich die Nebentätigkeit nach Inhalt oder Ausrichtung gegen die Interessen oder Ziele richtet, die sie bei der Ausübung ihres Hauptamtes zu beachten oder zu vertreten haben. Es genügt dabei die bloße Möglichkeit der Pflichtenkollision, die sich auf Grund der Pflichtenlage der Behörde und der angestrebten Nebentätigkeit konkretisiert hat. Im Übrigen wird sich dieser Besorgnisgrund häufig mit den Gründen nach § 73 Abs. 1 Nrn. 3 und 4 überschneiden. (vgl. Nrn. 6.3 und 6.4).

Pflichtenkollision

## 6.3 Angelegenheiten der Behörde (§ 73 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HmbBG)

Die Regelung soll verhindern, dass eine Nebentätigkeit der Beamtin bzw. des Beamten bei anderen mit der Angelegenheit befassten oder ggf. zu befassenden Beschäftigten derselben Behörde zu einem Konflikt zwischen der Erfüllung ihrer Dienstpflichten und kollegialer Rücksichtnahme führt oder dass in der Öffentlichkeit der Anschein entstehen kann, durch eine Vermengung dienstlicher und privater Interessen leide die Unparteilichkeit oder Unbefangenheit der Beamtin bzw. des Beamten oder anderer Beschäftigter der Behörde.

Angelegenheiten der Behörde

Der Behördenbegriff ist hier grundsätzlich im Sinne des allgemeinen Behördenbegriffs (z.B. Fachbehörde, Bezirksamt) zu verstehen. Unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck der Vorschrift sind jedoch die Umstände des jeweiligen Einzelfalles zu würdigen. Sofern danach Konflikte nicht anzunehmen sind, ist der Begriff bis hin zum funktionellen Behördenbegriff (z.B. Landesbetrieb, Teilbereich der Behörde) einschränkbar.

## 6.4 Unparteilichkeit oder Unbefangenheit (§ 73 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 HmbBG)

Anhaltspunkte für eine Interessenkollision mit Beeinflussung der Unparteilichkeit oder Unbefangenheit können sich insbesondere ergeben, wenn zwischen dem Gegenstand der Nebentätigkeit und einzelnen Dienstaufgaben der Beamtin bzw. des Beamten ein Zusammenhang besteht oder entstehen kann. Der Tatbestand deckt sich weitgehend mit dem unter Nr. 6.2 behandelten Widerstreit mit den dienstlichen Pflichten.

Unparteilichkeit, Unbefangenheit

## 6.5 Künftige dienstliche Verwendbarkeit (§ 73 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 HmbBG)

Es kommt darauf an, ob nach den Fähigkeiten und Leistungen der Beamtin bzw. des Beamten unter Berücksichtigung der Personalplanung die Möglichkeit

Verwendbarkeit

einer anderen dienstlichen Verwendung besteht und dass nur durch Einschränkung oder Untersagung der Nebentätigkeit Schwierigkeiten in der künftigen Verwendung ausgeschlossen werden können.

## 6.6 Ansehen der öffentlichen Verwaltung (§ 73 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 HmbBG)

Dieser Besorgnistatbestand korrespondiert mit § 34 Satz 3 BeamStG; danach muss das Verhalten der Beamtinnen und Beamten – sowohl innerdienstlich als auch außerdienstlich – der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die ihr Beruf erfordert.

Ansehen der  
Verwaltung

Dem Ansehen der Verwaltung kann es z.B. abträglich sein, wenn Beamtinnen oder Beamte bei der Ausübung der Nebentätigkeit unter Hinweis auf ihre dienstliche Stellung um Aufträge werben.

## 7. Ergebnis der Prüfung, Rechtsfolgen

### 7.1 Keine Besorgnis

Ist die Beeinträchtigung dienstlicher Interessen nicht zu besorgen, ist eine Reaktion seitens der Personalstelle grundsätzlich nicht erforderlich. Die Beamtin bzw. der Beamte ist - sofern Einschränkungen oder Verbote bis dahin nicht ausgesprochen werden - nach Ablauf der Monatsfrist des § 6 Abs. 1 HmbNVO ohne weiteres berechtigt, die angezeigte Nebentätigkeit auszuüben. Es besteht jedoch die Möglichkeit, seitens der Personalstelle den Eingang der Anzeige zu bestätigen und dabei auf die bei der Ausübung der Nebentätigkeit geltenden Bedingungen (vgl. Nr. 8) hinzuweisen.

keine Besorgnis

### 7.2 Besorgnis besteht

Soweit eine Beeinträchtigung der dienstlichen Interessen nach dem Ergebnis der Prüfung zu besorgen ist, ist die Übernahme der Nebentätigkeit (zwingende Vorschrift) einzuschränken oder ganz oder teilweise zu untersagen. Dabei ist nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit diejenige Verbotsmaßnahme zu wählen, die den geringsten Eingriff in die Rechte der Beamtin bzw. des Beamten bedeutet, um die Besorgnis abzuwenden. Die Einschränkung oder Untersagung ist der Beamtin bzw. dem Beamten durch schriftlichen Bescheid zu übermitteln. Da es sich dabei um einen belastenden Verwaltungsakt handelt, ist die bzw. der Betroffene zuvor unter Ankündigung der beabsichtigten Maßnahme gemäß § 28 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG) anzuhören. Das Mitbestimmungsrecht des Personalrates bei Verbotsmaßnahmen (§ 88 Abs. 1 Nr. 20 HmbPersVG) ist zu beachten. Es empfiehlt sich, den Einschränkungs- bzw. Untersagungsbescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

Einschränkung,  
Untersagung

Mitbestimmungs-  
recht des PR

### 7.3 Besonders geschützte Nebentätigkeiten (§ 73 Abs. 2 HmbBG)

Bei den unter § 73 Abs. 2 HmbBG aufgeführten Nebentätigkeiten handelt es sich um wegen der Garantie der Grundrechte nach Artikel 5 GG besonders geschützte Tätigkeiten. Sie dürfen nur eingeschränkt oder verboten werden, wenn die konkrete, d.h. absehbare Gefahr besteht, dass bei der Ausübung dienstliche Pflichten der Beamtin bzw. des Beamten verletzt werden.

Grundrechtsschutz  
nach Art. 5 GG

Auch bei der Ausübung freier unabhängiger schriftstellerischer Tätigkeiten sind jedoch die dienstlichen Pflichten – z.B. zur Amtsverschwiegenheit (§ 37 BeamStG) – zu beachten. Die Herausgabe von Zeitschriften, die Schriftleitung und die regelmäßige Mitarbeit in diesem Bereich, der Druck und der Vertrieb von Zeitschriften – auch als Online-Medien – sind nicht Bestandteil der schriftstellerischen Tätigkeit.

Wissenschaftlich im nebensächlichkeitsrechtlichen Sinne sind nur solche Tätigkeiten, die die Beamtin bzw. der Beamte frei von Verpflichtungen gegenüber Dritten um ihrer selbst willen und nach eigener Bestimmung ausübt; Kennzeichen sind Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Entschlussfreiheit. Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt bei auftragsgebundener Tätigkeit, z.B. der Übernahme eines Lehrauftrags, der nicht im Zusammenhang mit wissenschaftlicher Forschung steht.

wissenschaftliche  
Tätigkeiten

Bei den *künstlerischen* Nebentätigkeiten sind entsprechende Maßstäbe anzulegen. Es muss sich um schöpferisches Gestalten nach eigenen Ideen, um reine Kunst handeln. Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt, wenn der Verwertung der künstlerischen Leistung eine gewerbs- oder geschäftsmäßige Bedeutung zukommt, wie es z.B. bei regelmäßigen bezahlten Auftritten als Musikerin / Musiker oder Schauspielerin / Schauspieler der Fall ist.

künstlerische  
Tätigkeiten

Vortragstätigkeiten im Sinne des § 73 Abs. 2 HmbBG liegen nicht vor, wenn es sich um Lehr- oder Unterrichtstätigkeiten handelt. Eine Lehr- oder Unterrichtstätigkeit ist gegeben, wenn in Fortsetzungen ein zusammenhängender Überblick über ein Sachgebiet vermittelt oder die Beamtin bzw. der Beamte wiederholt für eine bestimmte Organisation vor wechselndem Hörerkreis tätig wird. Die Zulässigkeit von Lehr- oder Unterrichtstätigkeiten, die nicht wissenschaftliche Tätigkeiten sind, unterliegt den allgemeinen Kriterien nach § 73 Abs. 1 HmbBG.

Vortragstätigkeiten

#### 7.4 Bedenken der Dienststelle nach Übernahme der Nebentätigkeit (§ 73 Abs. 3 HmbBG)

Nach Ablauf der Monatsfrist und nach Beginn der Ausübung der Nebentätigkeit kann die Beamtin bzw. der Beamte – sofern ihr bzw. ihm gegenüber keine gegenteiligen Äußerungen seitens der Dienststelle erfolgt sind – darauf vertrauen, dass diese mögliche Verbotgründe geprüft und als nicht gegeben angesehen hat. Nachträglich auftretende Besorgnisse der Beeinträchtigung dienstlicher Interessen reichen wegen des dann eingetretenen Vertrauensschutzes nicht mehr aus, um eine einmal aufgenommene Nebentätigkeit seitens der bzw. des Dienstvorgesetzten einzuschränken oder ganz oder teilweise zu untersagen. Dies ist nach Aufnahme einer - anzeigepflichtigen oder anzeigefreien - Nebentätigkeit (nur) zulässig, soweit bei ihrer Übernahme oder Ausübung dienstliche Pflichten tatsächlich verletzt werden. Bei der Einschränkung oder Untersagung von Nebentätigkeiten in diesen Fällen sind ggf. die Regelungen über die Abwicklung (§ 7 HmbNVO) zu beachten. Daneben ist bei schuldhaften Pflichtverletzungen (Dienstvergehen – vgl. § 47 Abs. 1 BeamStG) zu prüfen, ob disziplinarische Schritte einzuleiten sind.

Vertrauensschutz  
nach Aufnahme  
der Tätigkeit



## IV. Regelungen zur Ausübung der Nebentätigkeit

### 8. Ausübung der Nebentätigkeit (§ 74 HmbBG)

#### 8.1 Inanspruchnahme der Arbeitszeit (§ 74 Abs. 1 HmbBG)

Es ist selbstverständlich, dass die Beamtin bzw. der Beamte während der Arbeitszeit ausschließlich dienstliche Aufgaben wahrzunehmen hat.

Grundsatz: nicht während der Arbeitszeit

Ausnahmen:

Nur bei Nebentätigkeiten auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung der bzw. des Dienstvorgesetzten oder im von der bzw. dem Dienstvorgesetzten anerkannten dienstlichen Interesse ist die Inanspruchnahme der Arbeitszeit – in dem notwendigen Umfang – gestattet. Die bzw. der Dienstvorgesetzte hat in diesen Fällen sicher zu stellen, dass die ausgefallene Arbeitszeit vor- oder nachgeleistet wird, wenn die Beamtin bzw. der Beamte für die Nebentätigkeit eine Vergütung erhält.

Ausnahmen

Bei allen anderen Nebentätigkeiten bedarf die Wahrnehmung innerhalb der Arbeitszeit nach § 74 Abs. 1 Satz 2 HmbBG einer ausdrücklichen schriftlichen Ausnahmeentscheidung (Muster siehe **Anlage 1**). Eine Ausnahme ist nur in besonders begründeten Fällen zulässig, insbesondere bei Nebentätigkeiten im öffentlichen Interesse. Sie setzt zudem voraus, dass dienstliche Gründe nicht entgegenstehen und die ausgefallene Arbeitszeit unabhängig davon, ob die Beamtin bzw. der Beamte eine Vergütung erhält, vor- oder nachgeleistet wird. Über die Einhaltung dieser Regelung ist im Rahmen der Dienstaufsicht zu wachen.

Soweit Nebentätigkeiten für die Freie und Hansestadt Hamburg ausgeübt werden und dafür die Arbeitszeit in Anspruch genommen werden muss (z.B. bei Nebentätigkeiten in der Aus- und Fortbildung), wird ein dienstliches oder öffentliches Interesse i.d.R. anzuerkennen sein.

#### 8.2 Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn (§ 74 Abs. 2 HmbBG, IEVO)

Auch für die Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn im Rahmen der Ausübung der Nebentätigkeit bedarf es einer schriftlichen Genehmigung durch die Dienstvorgesetzte bzw. den Dienstvorgesetzten (vgl. § 2 IEVO – Muster siehe **Anlage 2**). Für die Inanspruchnahme ist ein angemessenes Entgelt nach §§ 3 ff. IEVO zu erheben.

Genehmigungsvorbehalt für Inanspruchnahmen

### 9 Hamburgische Nebentätigkeitsverordnung (HmbNVO)

#### 9.1 § 2 - öffentliche Ehrenämter

Siehe Nr. 4

## 9.2 § 3 - Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst

Die von § 3 erfassten Nebentätigkeiten unterliegen den besonderen Vorschriften des § 71 HmbBG sowie der §§ 8 bis 12 HmbNVO.

Nebentätigkeiten  
im öffentlichen  
Dienst

Juristische Personen des öffentlichen Rechts (Absatz 1 Satz 1) sind Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sozialversicherungsträger und andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Erfasst werden nicht nur Tätigkeiten im Rahmen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses, sondern auch Tätigkeiten z.B. im Rahmen von Werkverträgen oder Auftragsverhältnissen.

Unternehmen im Sinne des Absatzes 2 Nr. 1, deren Kapital sich ganz oder überwiegend in der Hand der Freien und Hansestadt Hamburg befindet, können dem jeweils aktuellen Beteiligungsbericht der Finanzbehörde entnommen werden.

Wegen des in Abs. 2 Nr. 2 verwendeten Begriffs der zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtungen wird auf die Anlage zu den Entsendungsrichtlinien des Bundes vom 15.04.2014 (<http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/BMI-D1-20140415-SF-A001.htm>) hingewiesen.

Absatz 2 Nr. 3 erfasst z.B. die Nebentätigkeit der in Organe von Unternehmen entsandten Beamtinnen und Beamten (§ 10 HmbNVO), soweit sie nicht dem Hauptamt zugeordnet sind.

## 9.3 § 4 - Zulässigkeit von Nebentätigkeiten im Landesdienst

Die organisationsrechtliche Vorschrift des § 4 HmbNVO betont den Vorrang der hauptamtlichen Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben. Ausnahmen können sich aus der Art der Tätigkeit und der Organisation des jeweiligen Aufgabenbereichs ergeben.

Abgrenzung von  
Hauptamt und  
Nebentätigkeit

Das Hauptamt umfasst alle für die Freie und Hansestadt Hamburg wahrzunehmenden Aufgaben, die nach der Geschäftsverteilung oder nach sonstigen Anordnungen, Regelungen oder nach der Übung zu den Dienstaufgaben der Beamtin bzw. des Beamten gehören. Eine Tätigkeit ist auch dann dem Hauptamt zuzurechnen, wenn sie in einem so engen Zusammenhang mit den Dienstaufgaben steht und sich ihrer Art nach so wenig von ihnen abhebt, dass sie als mit den Dienstaufgaben verbunden anzusehen ist und sich im Ergebnis als Fortsetzung und Ergänzung der dienstlichen Tätigkeit darstellt.

Die Wertung einer Tätigkeit im Landesdienst als Nebentätigkeit setzt grundsätzlich voraus, dass die Tätigkeit mit den Dienstaufgaben der Beamtin bzw. des Beamten keine Einheit bildet, sondern einen von ihnen abgegrenzten Kreis selbstständiger Dienstgeschäfte darstellt. Nur eine von den Hauptaufgaben des Hauptamtes sachlich-organisatorisch trennbare Aufgabe kann als Nebentätigkeit qualifiziert werden.

Auch wenn danach die Behandlung als Nebentätigkeit möglich wäre, bleibt der Grundsatz des § 4 zu beachten, der eine Zuordnung der Aufgaben möglichst zum Hauptamt fordert. Es muss infolgedessen geprüft werden, ob diesem Grundsatz Rechnung getragen und die in Rede stehende Aufgabe hauptamtlich zugewiesen werden kann; die sich insoweit ergebenden Möglichkeiten sind auszuschöpfen.

Gründe für eine abweichende Behandlung mit Anerkennung als Nebentätigkeit können z.B. die volle Auslastung der Beamtin bzw. des Beamten im



Hauptamt ohne Entlastungsmöglichkeit sein, wenn die wahrzunehmenden organisatorisch trennbaren Dienstgeschäfte eine den Arbeitszeitrahmen übersteigende erhebliche Dauerbelastung / Mehrbelastung bedeuten würden oder es sich um eine unterwertige Tätigkeit handelt, die nicht aus vorübergehendem dringendem Bedürfnis übertragen werden soll.

#### 9.4 § 5 - Vergütung, Unentgeltlichkeit

Ob und inwieweit eine Vergütung für eine Nebentätigkeit im Landesdienst gewährt werden kann, ergibt sich aus den §§ 8 bis 11 HmbNVO (vgl. nachstehende Nrn. 9.5 bis 9.7).

#### 9.5 § 8 - Vergütungen für Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst und Ablieferungspflicht

Die Vorschrift richtet sich teils an die Nebentätigkeitsbehörde (Absätze 1, 2 und 5), teils an die ablieferungspflichtige Beamtin bzw. den ablieferungs-pflichtigen Beamten (Absätze 3, 4 und 6 in Verbindung mit § 10 Abs. 5).

Absatz 1 trägt der Vermeidung einer Doppelalimentation von Beamtinnen und Beamten aus öffentlichen Kassen Rechnung. Nach Absatz 1 Satz 2 kann die Gewährung einer Vergütung grundsätzlich nur in Betracht kommen, wenn die Nebentätigkeit bei voller Auslastung der Beamtin bzw. des Beamten im Hauptamt nach Intensität und zeitlichem Umfang erheblichen Aufwand über die dafür vorgesehene Arbeitszeit hinaus erfordert und entsprechende Entlastungen im Hauptamt nicht möglich sind.

Grundsatz: keine Vergütung für Nebentätigkeiten beim Dienstherrn

Ausnahmen

Vor der Festsetzung von Nebentätigkeitsvergütungen im Rahmen des Absatzes 2 ist das Personalamt zu beteiligen; das Mitbestimmungsrecht des Personalrates nach § 87 Abs. 1 Nr. 8 HmbPersVG ist zu beachten.

Bei der Anwendung der Absätze 2 und 3 kommt es nicht auf den Zeitpunkt der Vergütungszahlung, sondern darauf an, in welchem Kalenderjahr die Beamtin bzw. der Beamte die Nebentätigkeit ausgeübt hat.

Höchstgrenzen und Ablieferungspflicht

Soweit teilzeitbeschäftigte Beamtinnen und Beamte Nebentätigkeiten im Sinne des Absatzes 3 Satz 1 ausüben, gelten die nach Abs. 2 zu belassen-den Höchstbeträge der Nebentätigkeitsvergütungen auch für sie.

Auf Grund des Abs. 4 hat die Beamtin bzw. der Beamte die Höhe der ihr bzw. ihm zufließenden Vergütungen ständig zu prüfen und die den Höchstbetrag übersteigenden Vergütungen unverzüglich an die Beschäftigungsbe-hörde abzuliefern, bei der sie bzw. er hauptamtlich tätig ist.

Für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ist die Anrechnung des Entgelts für eine Nebentätigkeit auf die Anwärterbezüge durch § 71 Abs. 1 des Hamburgischen Besoldungsgesetzes (HmbBesG) geregelt.

#### 9.6 § 9 - Ausnahmen von § 8

Die in Absatz 1 bezeichneten Nebentätigkeiten unterliegen weder dem grundsätzlichen Vergütungsverbot nach § 8 Abs. 1 noch der Ablieferungs-pflicht nach § 8 Abs. 3 HmbNVO.

Nebentätigkeiten ohne Ablieferungs-pflicht

Für Lehr- und Unterrichtstätigkeiten nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf die jeweils geltenden Sätze nach der „Vereinbarung Unterrichtsvergütung“ bzw. der „Vereinbarung Lehrauftragsvergütung“ (MittVw. 1982 S. 1) hingewiesen. Die

aktuellen Sätze ergeben sich aus der Anlage zum jeweils geltenden Rundschreiben des Personalamtes zur Besoldungsanpassung.

Vor der Festsetzung von Vergütungen für die anderen in Abs. 1 bezeichneten Nebentätigkeiten ist das Personalamt zu beteiligen. Das Mitbestimmungsrecht des Personalrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 10 HmbPersVG ist zu beachten.

Bezüglich der Begriffe in Abs. 1 Nr. 7 (schriftstellerische, wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeiten) wird auf Nr. 7.3 hingewiesen.

#### 9.7 § 10 – Nebentätigkeiten als Vertreterin bzw. Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg in Unternehmensorganen

Die Vorschrift stellt eine Ausführungsbestimmung zu Artikel 60 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg dar. Sie ergänzt § 3 Abs. 2 Nr. 3 HmbNVO.

Organtätigkeit für die FHH

Von Abs. 1 werden auch Organtätigkeiten für gemeinnützige Unternehmen erfasst, sofern diese am Wirtschaftsleben teilnehmen. In einer anderen Rechtsform als einer Gesellschaft oder Genossenschaft betriebene Unternehmen können solche des privaten oder des öffentlichen Rechts sein. Handelt es sich um Einrichtungen, deren Tätigkeit nicht auf wirtschaftlichem Gebiet liegt (z.B. öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten), ist § 8 anzuwenden, wenn die Nebentätigkeit nicht als Vertreterin bzw. Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg, sondern in anderer Eigenschaft ausgeübt wird.

Abs. 5 ist für den Fall von Bedeutung, dass die Beamtin bzw. der Beamte außer der Nebentätigkeit als Vertreterin bzw. Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg in Unternehmensorganen andere Nebentätigkeiten im Sinne des § 8 Abs. 3 HmbNVO ausübt.

Auf den Beschluss der Senatskommission für öffentliche Unternehmen vom 18.12.2007 zu Tätigkeiten von Staatsbediensteten in Aufsichtsräten hamburgischer öffentlicher Unternehmen (vgl. Rundschreiben des Personalamtes vom 07.04.2008 -

<http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/1002/dokumentencenter/DocsAndForms/rds-p100-aufsichtsräte-ohne-20080407.pdf> ) wird hingewiesen.

### 10 Erfassung der Nebentätigkeiten im Personalabrechnungssystem

Die jeweils angezeigten Nebentätigkeiten sind – soweit sie nicht zu untersagen sind – von den Personalsachbearbeiterinnen und -sachbearbeitern im Personalabrechnungssystem (PAISY) sorgfältig nach den im Bild 5122 vorgesehenen Kategorien zu erfassen (vgl. PAISY-Handbuch). Die erfassten Daten dienen – anonymisiert – der Personalberichterstattung sowie als Grundlage für Auswertungen z.B. aus Anlass parlamentarischer Anfragen.

## **V. Schlussbestimmungen**

### **11 Schlussbestimmungen**

#### **11.1 Inkrafttreten**

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 01.01.2015 in Kraft.

#### **11.2 Aufhebung bisheriger Regelungen**

Zum gleichen Zeitpunkt treten in der geltenden Fassung außer Kraft:

- die Durchführungsbestimmungen zum Nebentätigkeitsrecht vom 01.04.1989 (MittVw 1989 Seite 67) mit Ausnahme des Abschnitts VI; die dort wiedergegebenen Senatsbeschlüsse zum Nebentätigkeitsrecht nach dem HmbBG a.F. (siehe auch **Anlage 3**) sind weiterhin sinngemäß zu beachten, soweit ihnen nicht inzwischen höherrangiges Recht entgegensteht,
- die Durchführungshinweise zum Fünften Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften – Rundschreiben des Personalamtes vom 18.04.2001 – Az.: 110.00-7.25,3,
- das Rundschreiben des Personalamtes vom 30.01.2012 zum Neuerlass nebensätigkeitsrechtlicher Vorschriften – Az.: 113.70-1.018,14.

Az.: 110.00-3.0003

Personalamt, den 16.12.2014

Anlage 1

**Musterbescheid**

zur Anerkennung eines dienstlichen oder öffentlichen Interesses und / oder  
Genehmigung der Ausübung einer Nebentätigkeit während der Arbeitszeit  
(§ 74 Abs. 1 HmbBG)

„Sehr geehrte

Hiermit wird für die von Ihnen am ..... angezeigte Nebentätigkeit

*(Gegenstand, Auftraggeber und zeitlicher Umfang der Nebentätigkeit)*

- a) das Vorliegen eines **dienstlichen Interesses** nach § 74 Abs. 1 HmbBG anerkannt. Die Nebentätigkeit darf daher im unumgänglich notwendigen Umfang auch innerhalb der Arbeitszeit ausgeübt werden. Sofern Sie für die Ausübung der Nebentätigkeit eine Vergütung erhalten, ist die versäumte Arbeitszeit vor- bzw. nachzuleisten.
- b) das Vorliegen eines **öffentlichen Interesses** nach § 74 Abs. 1 HmbBG anerkannt. Die Nebentätigkeit darf daher im unumgänglich notwendigen Umfang auch innerhalb der Arbeitszeit ausgeübt werden, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen und die versäumte Arbeitszeit vor- bzw. nachgeleistet wird.
- c) nach § 74 Abs. 1 HmbBG **ausnahmsweise** die Ausübung innerhalb der Arbeitszeit genehmigt. Die Genehmigung gilt nur für den für die Ausübung unumgänglich notwendigen Umfang und setzt voraus, dass ihr dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Die versäumte Arbeitszeit ist vor- bzw. nachzuleisten.

*(jeweils in Betracht kommenden Baustein a), b) oder c) auswählen)*

Änderungen insbesondere von Art, Umfang der Nebentätigkeit sind unverzüglich anzuzeigen (§ 75 HmbBG). Wird die Nebentätigkeit nach Ablauf von fünf Jahren weiterhin unverändert ausgeübt, ist sie erneut anzuzeigen (§ 6 Abs. 4 HmbNVO).

Mit freundlichen Grüßen

*(Unterschrift d. Dienstvorgesetzten)*

Anlage 2

**Musterbescheid**

für die Genehmigung zur Inanspruchnahme von  
Einrichtungen, Material oder Personal des Dienstherrn  
(§ 74 Abs. 2 HmbBG)

Sehr geehrte..... ,

für die Ausübung der von Ihnen am ..... angezeigten Nebentätigkeit

*(Gegenstand, Auftraggeber und zeitlicher Umfang der Nebentätigkeit)*

- a) gilt die Genehmigung zur Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal und / oder Material des Dienstherrn als allgemein erteilt, da die Nebentätigkeit für Ihren Dienstherrn ausgeübt wird (§ 2 Abs. 2 der Inanspruchnahme- und Entgelt-Verordnung vom 06.12.2011 - IEVO -, HmbGVBl. Seite 517).  
Die Inanspruchnahme ist auf das zur Ausübung der Nebentätigkeit notwendige Ausmaß zu beschränken (§ 2 Abs. 4 IEVO).

- b) wird die Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal und / oder Material des Dienstherrn in folgendem Umfang genehmigt:

*(Umfang der genehmigten Inanspruchnahme angeben - § 2 Abs. 1 IEVO)*

In diesem Rahmen ist die Inanspruchnahme auf das zur Ausübung der Nebentätigkeit notwendige Maß zu beschränken (§ 2 Abs. 4 IEVO).

*(Bitte Baustein a) oder b) auswählen)*

- c) Von der Entrichtung eines Entgelts sind Sie befreit, weil Sie eine Nebentätigkeit für den Dienstherrn ausüben und nicht nach dem Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz entschädigt werden (§ 3 Abs. 2 IEVO).
- d) Auf die Entrichtung eines Entgelts wird unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs verzichtet (§ 3 Abs. 3 IEVO). Auf Verlangen haben Sie Auskunft über Art und Umfang der Inanspruchnahme zu geben (§ 8 Abs. 2 Satz 3 IEVO)
- e) Für jedes abgelaufene Kalenderjahr haben Sie ein Entgelt in Höhe von



- ...v.H. des aus der Nebentätigkeit bezogenen Bruttoeinkommens (§ 6 Satz 1, § 7 IEVO),
  - ...v.H. der üblicherweise geforderten Vergütung, soweit Sie eine Vergütung für die Nebentätigkeit nicht gefordert haben (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 IEVO),
  - ...v.H. der in Rechnung gestellten Vergütung, soweit Sie die Vergütung endgültig nicht erlangt haben (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 IEVO),
- bis zum 20. des folgenden Monats zu berechnen, schriftlich mitzuteilen und zu entrichten (§ 10 Abs. 1, § 11 IEVO).

Der schriftlichen Mitteilung über das Entgelt sind die erforderlichen Nachweise beizufügen. Mit der Mitteilung ist die Erklärung zu verbinden, dass die Aufzeichnungen, Nachweise und Angaben vollständig und zutreffend sind und dass das Entgelt richtig berechnet worden ist (§ 10 Abs. 2 IEVO).

Sie sind verpflichtet, Aufzeichnungen und Nachweise zu führen, die alle für die Berechnung des Entgelts erforderlichen Angaben enthalten müssen (§ 8 Abs. 2 IEVO). Die Aufzeichnungen und Nachweise sind fünf Jahre aufzubewahren. Die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, auf das sich die Aufzeichnungen und Nachweise beziehen (§ 8 Abs. 3 IEVO).

*(Bitte Baustein c), d) oder e) auswählen)*

Die Genehmigung zur Inanspruchnahme wird widerrufen werden, wenn ein öffentliches oder wissenschaftliches Interesse an der Ausübung der Nebentätigkeit nicht mehr vorliegt; ein Widerruf kann auch aus anderen Gründen ausgesprochen werden (§ 2 Abs. 5 IEVO).

Änderungen insbesondere von Art, Umfang der Nebentätigkeit sind unverzüglich anzuzeigen (§ 75 HmbBG). Wird die Nebentätigkeit nach Ablauf von fünf Jahren weiterhin unverändert ausgeübt, ist sie erneut anzuzeigen (§ 6 Abs. 4 HmbNVO).

Mit freundlichen Grüßen

*(Unterschrift d. Dienstvorgesetzten)*

**Auszug aus den Durchführungshinweisen zum Nebentätigkeitsrecht  
vom 01.04.1989 (MittVw 1989 Seite 67)**

VI. Einzelne Tätigkeiten/Nebentätigkeiten

**Gutachter**

**Die Senatskommission für den Verwaltungsdienst** hat am **01.10.1968** folgende Anordnung über die „**Inanspruchnahme der Beamten und Angestellten der Freien und Hansestadt Hamburg zu Gutachtertätigkeiten**“ beschlossen:

1. Die hamburgischen Verwaltungsbehörden haben Gutachten, deren Erstattung im Rahmen der Aufgaben einer Dienststelle der hamburgischen Verwaltung liegt, im Wege der Amtshilfe anzufordern. Die Dienststellen der hamburgischen Verwaltung stehen auch den Gerichten für die Erstattung von Gutachten zur Verfügung.
  
2. (1) Richtet sich ein Ersuchen um Erstattung eines Gutachtens an eine Dienststelle der hamburgischen Verwaltung, so wird das von der Dienststelle für die Anfertigung oder Vertretung des Gutachtens hinzugezogene Personal im Rahmen seiner dienstlichen Aufgaben tätig.  
  
(2) Liegt die Erstattung derartiger Gutachten außerhalb des Aufgabenkreises der Dienststelle, so kann zugelassen werden, dass im Einverständnis mit der ersuchenden Stelle das Gutachten von einem Beamten oder Angestellten privat erstattet wird. Diese Fälle sind von der die Aufsicht führenden Stelle in einer Dienstvorschrift zu regeln.
  
3. Werden Beamte oder Angestellte der Freien und Hansestadt Hamburg persönlich mit der Erstattung persönlich mit der Erstattung von Gutachten beauftragt, steht ihnen ein Anspruch auf Entschädigung nur zu, wenn es sich um ein privates Gutachten handelt. Für Gutachten, die „in Erfüllung ihrer Dienstaufgaben“ erstattet werden (dienstliche Gutachten), ist ein Entschädigungsanspruch ausgeschlossen. § 1 Abs. 3 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der Fassung vom 1.10.1969 (BGBl. I Seite 1757), in dem dies für Sachverständigentätigkeiten für Gerichte und Staatsanwaltschaften ausgesprochen wird, enthält insoweit einen allgemeine Rechtsgedanken.
  
4. (1) Die dienstaufsichtsführenden Stellen haben sicherzustellen, dass Zweifel über die Abgrenzung dienstlicher und privater Gutachten (Nr. 22.3) unverzüglich nach Bekannt werden beseitigt werden. Ihre Feststellungen hierüber sind aktenkundig zu machen. Werden Gutachten bestimmter Art regelmäßig oder häufiger von Beamten und Angestellten

persönlich angefordert, so ist die Abgrenzung in einer Dienstvorschrift zu regeln. Hierbei sind § 5 der Verordnung über die Nebentätigkeit hamburgischer Beamten, der Zusammenhang zwischen den zu begutachtenden Fragen und dem Gegenstand der Dienstaufgaben, die personalwirtschaftlichen und personalpolitischen Auswirkungen sowie das öffentliche Interesse an der zügigen Erstattung von Gutachten für Gerichte und Staatsanwaltschaften zu beachten.

(2) Ein Zusammenhang zwischen den zu begutachtenden Fragen und dem Gegenstand der Dienstaufgaben, der die Zuordnung der Gutachtertätigkeit in den dienstlichen Aufgabenkreis erfordert, ist insbesondere anzunehmen, wenn

1. es zu den Aufgaben der Dienststelle, in der der Sachverständige tätig ist, gehört, Gutachten der angeforderten Art zu erstatten,
2. sich aus den Aufgaben der Dienststelle oder Behörde, der der Sachverständige zugehört, ein Interesse an der Durchführung von Verfahren, in deren Rahmen derartige Gutachten angefordert werden, ergibt,
3. das Gutachten im Wesentlichen in der Auswertung von Tatsachen oder Feststellungen besteht, die bei der dienstlichen Tätigkeit des Gutachters bekannt geworden oder getroffen worden sind,
4. Gutachten, die im Rahmen der Dienstaufgaben vorbereitet oder abgefasst worden sind, in einer Verhandlung vertreten oder erläutert werden.

(3) Werden Beamte oder Angestellte der Freien und Hansestadt Hamburg von auswärtigen Gerichten mit der Erstattung von Sachverständigengutachten persönlich beauftragt, kann davon ausgegangen werden, dass die Gutachtertätigkeit nicht zu den Dienstaufgaben gehört.

5. Eine private Gutachtertätigkeit darf grundsätzlich nur außerhalb der Dienstzeit ausgeübt werden. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn und soweit zwingende dienstliche oder sonstige öffentliche Belange oder rechtliche Gründe es erfordern. Werden private Gutachten bestimmter Art regelmäßig oder häufiger erstattet, sind die Ausnahmen in einer Dienstvorschrift zu regeln.
6. Die Dienstvorschriften bedürfen der Zustimmung des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst. Sie sind anschließend den für die Aufsicht über die Gerichte zuständigen Behörden zur Bekanntgabe an die Gerichte mitzuteilen.

### Preisrichter

Der **Senat** hat am **14.3.1989** folgende Abordnung über die „**Mitwirkung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Preisrichterkollegien**“ beschlossen:

1. Die Mitwirkung von Beamten, Richtern und Angestellten der Freien und Hansestadt Hamburg (im Folgenden zusammenfassend als „Beschäftigte“ bezeichnet) als Fachpreisrichter, Sachpreisrichter, Ersatzpreisrichter, Sachverständiger und Vorprüfer in Preisrichterkollegien ist eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit, wenn mit ihr eine Vergütung (§ 6 HmbNVO) verbunden ist und die Tätigkeit nicht im Rahmen des Hauptamtes ausgeübt wird. Die Übernahme einer solchen Nebentätigkeit bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Dienstvorgesetzten, wenn eine Vergütung vorgesehen oder nach den Umständen zu erwarten ist (§ 69 Abs. 1 Satz 1 HmbBG in Verbindung mit § 70 Abs. 1 Nr. 1 HmbBG und § 6 HmbNVO ggf. in Verbindung mit § 4 HmbRiG oder § 11 BAT).  
Bei bedeutenden Wettbewerben privater Auslober in Hamburg sind die Tätigkeiten als Preisrichter, Sachverständiger und Vorprüfer im Rahmen des Hauptamtes auszuüben.
2. Die Teilnahme als Preisrichter, Sachverständiger und Vorprüfer an Wettbewerben, die von der Freien und Hansestadt Hamburg oder landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts veranstaltet werden, ist eine regelmäßig im Rahmen des Hauptamts wahrzunehmende Aufgabe. Falls die Mitwirkung ausnahmsweise als Nebentätigkeit behandelt wird, darf eine Vergütung (§ 6 HmbNVO) nicht gewährt werden.
3. Bei vorgesehener Mitwirkung von Beschäftigten in Preisgerichten, die von Vereinigungen, Einrichtungen oder Unternehmen veranstaltet werden, deren Kapital sich unmittelbar oder mittelbar ganz oder überwiegend in der Hand der Freien und Hansestadt Hamburg oder landesunmittelbarer juristischer Personen des öffentlichen Rechts befindet oder die fortlaufend ganz oder überwiegend aus Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg oder landesunmittelbarer juristischer Personen des öffentlichen Rechts unterhalten werden, hat die jeweilige Beschäftigungsbehörde gegenüber dem Veranstalter darauf hinzuwirken, dass den Beschäftigten über den Ersatz barer Auslagen und ein etwaiges Sitzungstagegeld für jeden Sitzungstag bis zur Höhe des in § 6 Abs. 2 Nr. 2 HmbNVO genannten Betrages hinaus Leistungen nicht gewährt werden. Nummer 4.1 bleibt unberührt.
- 4.1. Ob eine als Nebentätigkeit zu behandelnde Mitwirkung in Preisrichterkollegien genehmigt werden kann, ist nach § 69 Absätze 2 bis 4 HmbBG zu beurteilen.

Die Genehmigung ist zu versagen, wenn zu besorgen ist, dass durch die Nebentätigkeit dienstliche Interessen beeinträchtigt werden. Ein Versagungsgrund liegt in diesem Zusammenhang insbesondere vor, wenn die Tätigkeit

- die Arbeitskraft des Beschäftigten so stark in Anspruch nimmt, dass die ordnungsgemäße Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten behindert werden kann - das ist in der Regel der Fall, wenn die

zeitliche Beanspruchung durch genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten in der Woche ein Fünftel der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit überschreitet,

- den Beschäftigten in einen Widerstreit mit seinen dienstlichen Pflichten bringen kann,
- in einer Angelegenheit ausgeübt wird, in der die Behörde, der der Beschäftigte angehört, tätig wird oder tätig werden kann,
- die Unparteilichkeit oder Unbefangenheit des Beschäftigten beeinflussen kann,
- zu einer wesentlichen Einschränkung der künftigen dienstlichen Verwendbarkeit des Beschäftigten führen kann.

4.2. Die Nebentätigkeit darf vom Dienstvorgesetzten grundsätzlich nicht allgemein, sondern nur für den Einzelfall genehmigt werden. Eine im Ausnahmefall erteilte allgemeine Genehmigung ist in ihrem Umfang zu begrenzen. Das Mitbestimmungsrecht des Personalrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 18 HmbPersVG ist zu beachten.

5. Eine unentgeltliche Nebentätigkeit in Preisrichterkollegien ist nicht genehmigungspflichtig (§ 69 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 70 Abs. 1 Nr. 1 HmbBG und § 6 Abs. 4 HmbNVO). Die Beschäftigten haben insoweit in eigener Verantwortung zu prüfen, ob die Ausübung einer solchen Tätigkeit mit ihren dienstlichen Pflichten vereinbar ist. Bei Pflichtverletzung hat der Dienstvorgesetzte einzuschreiten (§ 70 Abs. 2 HmbBG).

## Rechtsanwalt

Der **Senat** hat am **14.3.1989** folgende Anordnung über die „**Nebentätigkeit von Beamten und Angestellten als Rechtsanwalt**“ beschlossen:

1. Die Aufnahme einer Tätigkeit als Rechtsanwalt (Neuzulassung) ist für Beamte nach § 7 Nr. 10 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) ausgeschlossen, es sei denn, dass sie die ihnen übertragenen Aufgaben ehrenamtlich wahrnehmen oder dass ihre Rechte und Pflichten aufgrund der §§ 5, 6, 8 und 36 des Abgeordneten Gesetzes oder entsprechender Rechtsvorschriften ruhen. Sie kommt für Angestellte nach § 7 Anr. 8 BRAO ebenfalls nicht in Betracht, wenn sie eine mit dem Beruf eines Rechtsanwalts unvereinbare Tätigkeit ausüben. Über den Antrag auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft entscheidet die Justizbehörde.  
Die Weiterführung einer Rechtsanwaltspraxis (im Rahmen einer bestehenden Zulassung) durch Beamte auf Widerruf, auf Probe oder auf Zeit oder durch Angestellte regelt sich nach § 47 Abs. 1 Satz 2 BRAO.
2. Die Übernahme oder Weiterführung einer Tätigkeit als Rechtsanwalt bedarf als Nebentätigkeit - Ausübung eines freien Berufs - nach § 69 Abs. 1 Satz 1 HmbBG, bei Angestellten in Verbindung mit § 11 BAT, der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Dienstvorgesetzten.



Die Genehmigung ist nach § 69 Abs. 2 HmbBG zu versagen, wenn zu besorgen ist, dass durch die Nebentätigkeit dienstliche Interessen beeinträchtigt werden. Ein Versagungsgrund liegt in diesem Zusammenhang insbesondere vor, wenn die Tätigkeit

- die Arbeitskraft des Beschäftigten so stark in Anspruch nimmt, dass die ordnungsgemäße Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten behindert werden kann - das ist in der Regel der Fall, wenn die zeitliche Beanspruchung durch genehmigungspflichtige und nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten in der Woche ein Fünftel der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit überschreitet -,
- den Beschäftigten in einen Widerstreit mit seinen dienstlichen Pflichten bringen kann,
- in einer Angelegenheit ausgeübt wird, in der die Behörde, der der Beschäftigte angehört, tätig wird oder tätig werden kann,
- die Unparteilichkeit oder Unbefangenheit des Beschäftigten beeinflussen kann,
- zu einer wesentlichen Einschränkung der künftigen dienstlichen Verwendbarkeit des Beschäftigten führen kann.

3.1. Nach den in § 69 Absätze 2 bis 4 HmbBG festgelegten Grundsätzen darf dem Beschäftigten die Genehmigung zur Ausübung einer uneingeschränkten Rechtsanwalts-tätigkeit nicht erteilt werden. Es bedarf der Prüfung im Einzelfall, in welcher Weise die Rechtsanwalts-tätigkeit in eingeschränkter Form genehmigt werden kann. Gründe, die nach den Vorschriften der BRAO einer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft entgegenstehen könnten, dürfen dabei nicht zur Grundlage der Entscheidung gemacht werden.

3.2. Folgende Möglichkeiten einer Beschränkung der Genehmigung kommen hauptsächlich in Betracht:

- Tätigkeit auf bestimmten Rechtsgebieten (zur Vermeidung einer möglichen Interessenkollision mit dienstlichen Aufgaben),
- Begrenzung der Tätigkeit unter Berücksichtigung des Zeitaufwandes für andere genehmigungspflichtige und für nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten in der Regel auf ein Fünftel der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit in der Woche.

Art und Umfang der Tätigkeit als Rechtsanwalt sind in der Genehmigung so konkret wie möglich anzugeben.

Die Genehmigung ist mit den Hinweisen zu verbinden, dass

- die Tätigkeit nicht in der Wahrnehmung von Interessen bestehen darf, die sich gegen die Freie und Hansestadt Hamburg richten,
- die Tätigkeit sich nicht auf Fälle von Rechtsberatung oder Wahrnehmung eines Mandats erstrecken darf, mit denen der Beschäftigte dienstlich befasst ist oder befasst werden kann,

- die Tätigkeit nur außerhalb der Arbeitszeit ausgeübt werden darf und dienstliche Erleichterungen nicht in Betracht kommen,
- für die Tätigkeit Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn / Arbeitgebers nicht in Anspruch genommen werden dürfen,
- die Genehmigung widerrufen werden wird, wenn sich eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen nach Erteilung der Genehmigung ergibt.

Dem Beschäftigten ist aufzuerlegen, die Justizbehörde über die Genehmigung der Rechtsanwaltstätigkeit unter Angabe der Art des Beamtenverhältnisses oder des Angestelltenverhältnisses zu unterrichten.

- 3.3. Das Mitbestimmungsrecht des Personalrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 18 HmbPersVG ist zu beachten.
4. Im Rahmen der Dienstaufsicht ist darüber hinaus zu wachen, dass durch die Tätigkeit als Rechtsanwalt - ggf. im Zusammenhang mit anderen Nebentätigkeiten - dienstliche Interessen nicht beeinträchtigt werden.